



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 21. März 2014

Inhalt

1. Flächendeckender Mindestlohn kommt!
2. Ukraine: Sorge vor Eskalation auf der Krim wächst
3. Laufzeitverlängerungen: Nicht mit uns, Herr Ramsauer!
4. Zur Lage freiberuflicher Hebammen
5. Auch in Berlin hat der Apfelwein Freunde – 5. Berliner Apfelweinanstich



Flächendeckender Mindestlohn kommt!

In der Fraktionssitzung der SPD am Dienstag berichtete unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles über den **aktuellen Stand zum Mindestlohn**. Der Gesetzentwurf geht jetzt in die Ressort-Abstimmung und soll im Juni 2014 in 1. Lesung im Bundestag beraten werden. Geneigte Zeitungsleserinnen- und -leser können ja derzeit verfolgen, dass wieder alle „Windmaschinen“ von Unternehmen und Verbänden angeworfen werden und wieder einmal präventiv eine ideologische Debatte gegen den Mindestlohn angezettelt wird. Dies hilft denen, die diese Debatte befeuern, jedoch nicht! Dank der SPD wird es einen flächendeckenden Mindestlohn geben – da bleiben wir knallhart!

Andrea berichtete von Gesprächen mit den 14 Branchen, die Ausnahmen bei den Regelungen zum Mindestlohn wollten. Es sei doch schon merkwürdig, so Nahles, dass über die „armen“ Branchen fabuliert würde, denn uns wären schließlich die Menschen wichtiger, die für Hungerlöhne arbeiten müssten. Für alle Branchen gäbe es mit etwas gutem Willen Lösungen und viele seien dazu auch bereit. Lediglich die Zeitungsverleger verweigerten sich komplett, ihren Austrägern Mindestlöhne zu zahlen. Im Osten würden die Austräger teilweise mit 4 Euro abgespeist. Es wird aber auch für die Zeitungsverleger keine Ausnahmen geben. Wer keine ordentlichen Löhne zahlen kann hat auch kein nachhaltiges Geschäftsmodell.

Für ehrenamtlich tätige wird der Mindestlohn nicht gelten und zudem ist eine Altersgrenze ab 18 Jahren geplant.

Ukraine: Sorge vor Eskalation auf der Krim wächst

Frank-Walter Steinmeier: „Spitze der Zuspitzung muss gebrochen werden.“

Am Dienstag berichtete unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der Fraktion über die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim: „Es ist der größte und risikoreichste Konflikt seit 25 Jahren in Europa“, so Steinmeier. Alle seien jetzt gefordert, wieder in einen politischen Prozess zu finden, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Europa und die USA müssten klare Botschaften an beide Seiten senden, so der Außenminister weiter. An Russland gewandt meinte er: Man verstehe zwar die Interessen, aber es könne nicht sein, dass Grenzen einseitig korrigiert und Länder „einverleibt“ würden. An die Ukraine gerichtet, sagte Steinmeier: „Sie müssen eine Regierung stellen, die auch funktioniert, dafür wird eine Verfassungsreform benötigt. Sie müssen für Minderheitenschutz sorgen, gegen Korruption vorgehen und endlich die rechten Extremisten entmachten.“

Sanktionen gegenüber Moskau seien wichtig, im Hinblick auf eine weitere Eskalation dürfe es aber keinen Überbietungswettbewerb geben. Bei dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Brüssel hat Frank-Walter Steinmeier die Entsendung einer Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Ost- und Südukraine angeregt. Dies sei wichtig, um eine weitere Eskalation, die zur Spaltung Europas führen könne, zu verhindern. Die OSZE-Beobachter sollten genau prüfen, ob der territoriale „Hunger“ von Russland nicht weiter gehe. Die Beobachter-Mission wird derzeit mit Russland und der Ukraine verhandelt. Wenn Putins Beteuerung wahr ist, dass Moskau keinen Anspruch auf weitere ukrainische Gebiete erhebt, dann hätten die OSZE-Beobachter die Möglichkeit, das zu beweisen.

Laufzeitverlängerungen: Nicht mit uns, Herr Ramsauer!



Ex-Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer wollte anscheinend etwas mediales Gehör finden, als er verlauten ließ, er hielte einen späteren Atomausstieg angesichts steigender Energiekosten für möglich. Herr Ramsauer, Bund und Länder haben nach der Atom-Katastrophe von Fukushima 2011 in einem breiten gesellschaftlichen Konsens vereinbart, dass der letzte Meiler spätestens 2022 endgültig vom Netz geht!

Es ist schlicht und einfach CSU-Populismus, den der jetzige Vorsitzende des Wirtschafts- und Energieausschusses Peter Ramsauer hier betreibt. Das ist instinktos! Die Menschen zu verunsichern mit höheren Energiepreisen und einer Rückkehr zur Atomkraft ist der Sachlage nicht angemessen!

Unser Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel gestaltet gemeinsam mit seinen Kabinetts-Kolleginnen und Kollegen die Energiewende für Deutschland. Die CSU wird es nicht schaffen, den Atomkonzernen zu einer Renaissance zu verhelfen. Und auch Ramsauers Parteifreund und Vorsitzender Horst Seehofer wird sich dem Ausbau von Stromtrassen auch im Süden Deutschlands nicht verweigern können. Das ist regionale, interessengeleitete Politik gegen die Energiewende, die wir als Koalitionäre nicht gutheißen können! Wir arbeiten an einer Energiewende für alle Menschen. Selbstverständlich wird die Energiewende nicht über Nacht gelingen und muss die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso mitnehmen, wie die Industrie.

Wir werden Euch auf dem Laufenden halten, wie es weitergeht mit Ökostrom- Umlage und EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Sicher ist jedoch: Mit uns wird es keine Laufzeitverlängerungen geben! Im Gegenteil, Herr Ramsauer, wir gestalten die ökologische Energiewende und werden sie gemeinsam zu einem Erfolg für unser Land bringen, von dem alle Menschen und Firmen in Deutschland profitierten – übrigens auch in Bayern!

Zur Lage freiberuflicher Hebammen

Die Bedeutung der freiberuflichen Hebammen

Gemäß § 4 des Hebammengesetzes leiten Hebammen - abgesehen von Notfällen - eine Geburt. Ärztinnen und Ärzte sind sogar verpflichtet, bei einer Entbindung eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger hinzuzuziehen.

Vor allem im ländlichen Raum sind freiberufliche Hebammen als Beleghebammen in den Kliniken ein Eckpfeiler in der Geburtshilfe. Auf sie kann unser Gesundheitssystem nicht verzichten.

Freiberufliche Hebammen sind für alle werdenden Mütter ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung. **Für Schwangere und junge Mütter stellt die Hebamme vor und nach der Geburt oft eine enge und wichtige Ansprechpartnerin dar. Deshalb muss die Vergütung von Hebammenleistungen so gestaltet sein, dass freiberuflich tätige Hebammen von ihrem anspruchsvollen und wichtigen Beruf gut und angemessen leben können.** Eine mögliche Gefährdung dieses Berufsstandes ist nicht im Interesse der Frauen und auch nicht im Interesse der Politik.

Die Gefährdung der Hebammentätigkeit könnte zu einer Beeinträchtigung der freien Wahl der Geburt und der Geburtsvor- und -nachsorge führen. **Wir sind der Auffassung, dass diese Wahlfreiheit einer werdenden Mutter unbedingt respektiert werden muss!**

Warum steigt die Haftpflichtversicherung existenzbedrohend an?

Wir wollen, dass eine flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe sichergestellt bleibt. Wir nehmen die Sorgen der Hebammen ernst und setzen uns für eine angemessene Vergütung ein.

Nach Aussage der Versicherer stellt sich die Situation wie folgt dar: Es gibt zwar nicht mehr Geburtsschäden als früher. Die Kosten für Geburtsschäden infolge von Behandlungsfehlern sind aber in den vergangenen Jahren massiv gestiegen.

- Der Grund für die erheblichen Steigerungen der Kosten für Geburtsschäden liegt zum einen in erheblichen Pflege- und Therapiekosten. Diese nehmen aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung auch schwerstgeschädigter Menschen dank des medizinischen Fortschrittes zu.
- Zum anderen sind die Schadensersatzforderungen in Form von Schmerzensgeld und in Bezug auf entgangenes Erwerbseinkommen gestiegen.
- Die Regressforderungen der Krankenkassen machen zudem etwa 25 % der Versicherungsleistungen aus.

Dies führt zu **Versicherungsbeiträgen, die im Vergleich zum Einkommen der Hebammen sehr hoch sind.** Unterläuft bei einer Geburt ein Fehler und das Kind ist schwer geschädigt, leistet der Versicherer im Durchschnitt heute 2,6 Millionen Euro. Deshalb zog sich jetzt auch die Nürnberger Versicherung aus dem Markt zurück.

Bei den freiberuflichen Hebammen ist die Zahl der Schäden vergleichsweise klein, weiß der GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.) zu berichten. Allerdings sind diese Schäden zum Teil sehr hoch. Von etwa

jährlich 100 gemeldeten Schadensfällen, sind 10 bis 20 Großschäden zu verzeichnen. Diese machen rund 90 % des Gesamtschadensaufwands der Berufshaftpflichtversicherer aus.

Was tun wir?

In der letzten Sitzungswoche hat der Gesundheitsausschuss unter Leitung von Edgar Franke einen Bericht des Gesundheitsministeriums zur aktuellen Situation der Hebammen eingefordert und diesen diskutiert.

Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wird mit den Hebammenverbänden abgestimmt werden und soll noch im ersten Quartal 2014 vorgelegt werden. Da im Rahmen der Arbeitsgruppe insbesondere auch die Vorschläge der Hebammen zu einer möglichen Umgestaltung der Kosten der Berufshaftpflichtprämien besprochen wurden und neben der Kostenproblematik versicherungsrechtliche Fragen eine Rolle spielen, werden wir die Vorlage des Berichtes abwarten. Auf dieser Grundlage arbeiten wir dann mit allen Beteiligten an einer tragfähigen Lösung. Wenn keine Lösung mit den Versicherungsunternehmen möglich sein sollte, muss ein Haftpflichtfonds ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Auch in Berlin hat der Apfelwein Freunde

Hessische SPD lud zum 5. Berliner Apfelweinanstich ein



Der Apfelwein, das hessische Nationalgetränk, hat auch in Berlin viele Freunde! Das lässt sich aus dem Andrang schließen, der beim 5. Apfelweinanstich der hessischen SPD in Berlin herrschte. Die Landesgruppenvorsitzende im Bundestag Ulrike Gottschalck, der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die hessische SPD-Generalsekretärin Nancy Faeser begrüßten mit über 500 Gästen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Medien, die sich am Mittwochabend in der hessischen Landesvertretung eingefunden hatten. Zu Gast waren außerdem viele Ehrengäste aus der SPD-Bundesspitze, darunter

Generalsekretärin Yasmin Fahimi und Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann. Die Bundesregierung war ebenfalls gut vertreten mit Umweltministerin Barbara Hendricks, Staatsminister Michael Roth und Staatssekretärin Brigitte Zypries. Die Kommunalpolitik wurde mit dem Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich gut repräsentiert.

Neben hessischen Spezialitäten wie Handkäs mit Musik, Grüner Soße und echter nordhessischen „ahlen Wurscht“, gab es natürlich auch das „Stöffche“ im Bembel, präsentiert von der Odenwälder Apfelblütenkönigin Angelina I. Das Programm wurde umrahmt vom Musikensemble „Skellig“ der Musikschule Söhre-Kaufunger Wald und einem launigen Auftritt von Bäppi La Belle, dem Travestie-Star aus Frankfurt.

Unser Tipp:

- www.greentechatlas.de: Umwelttechnik und Ressourceneffizienz sind Wachstumstreiber. Das wissen wir in Nordhessen besonders gut. Innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, die auf Umweltverträglichkeit und Effizienz setzen, sind auf den internationalen Märkten gefragt wie nie zuvor. Wir empfehlen Firmen daher, ihr Profil unter der angegebenen Internet-Adresse in den GreenTech Atlas 4.0 zu stellen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia